



13.08.2014
Seite 1 von 1

Präsidentin
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Aktenzeichen
VM 3000 – 10.2 – VI 3
bei Antwort bitte angeben

Regine Unbehauen
Telefon (0211) 4972 - 2544

**Vorlage
an den Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen
des Haushalts- und Finanzausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen**

**Vorlage des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 des
Landesbetriebes Straßenbau Nordrhein-Westfalen**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

als Anlagen übersende ich Abdrucke dieses Schreibens und meiner Vorlage an den Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags vom heutigen Tage mit der Bitte, die Abdrucke an die Mitglieder des vorgenannten Ausschusses weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Norbert Walter-Borjans

Anlagen: 41 Abdrucke

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Jägerhofstr. 6
40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4972-0
Telefax (0211) 4972-2750
Poststelle@fm.nrw.de
www.fm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
U74 bis U79
Haltestelle
Heinrich Heine Allee



16.08.2014
Seite 1 von 1

Aktenzeichen
VM 3000 – 10.2 – VI 3
bei Antwort bitte angeben

Regine Unbehauen
Telefon 0211 4972-2544

**Vorlage
an den Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen
des Haushalts- und Finanzausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen**

**Vorlage des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 des Landesbetriebes
Straßenbau Nordrhein-Westfalen**

Zur Unterrichtung erhalten Sie in der Anlage Lagebericht, Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Bestätigungsvermerk zum Jahresabschluss 2013.

Dr. Norbert Walter Borjans

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Jägerhofstraße 6

40479 Düsseldorf
Telefon 0211 4972-0
Telefax 0211 4972-2750
poststelle@fm.nrw.de
www.fm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
U74 bis U79
Haltestelle:
Heinrich-Heine-Allee

Testatsexemplar

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
Gelsenkirchen

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Testatsexemplar

**Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
Gelsenkirchen**

**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013**

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

WIBERA WIRTSCHAFTSBERATUNG AKTIENGESELLSCHAFT WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT
ist mittelbar Mitglied der unter PricewaterhouseCoopers International Limited kooperierenden eigenständigen und
rechtlich unabhängigen Mitgliedsfirmen des internationalen PricewaterhouseCoopers-Netzwerks.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Lagebericht 2013	1
Jahresabschluss.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2013.....	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013	5
3. Anhang 2013.....	7
Anlagenspiegel	14
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	1

Lagebericht 2013

Aufgaben

Dem Straßenwesen kommt bei der Verkehrsinfrastruktur eine besondere Bedeutung zu. Rund 84 % der Personenverkehrsleistungen in der Bundesrepublik werden auf dem Straßennetz abgewickelt. Die geografisch zentrale Lage Nordrhein-Westfalens erfordert eine zunehmende Beachtung des Transitverkehrs in einem zusammenwachsenden Europa. In der Zukunft ist eine weitere erhebliche Steigerung der Verkehrsleistungen auf der Straße zu bewältigen. Der Personenverkehr auf der Straße wird gegenüber dem Bezugsjahr 2004 bis 2025 um 18 %, der Straßengüterfernverkehr nach einer wirtschaftskrisenbedingten Abflachung vermutlich dennoch um 55 % (die Güterverkehrsleistungen um 84 %) wachsen (Prognose der deutschlandweiten Verkehrsverflechtung, München, Freiburg 2007).

Straßen.NRW ist der große Infrastruktur-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen. Der Landesbetrieb ist ein rechtlich unselbständiger, organisatorisch abgesonderter Teil der Landesverwaltung; er betreut – in Streckenlänge gerechnet – 17,2 % der deutschen Autobahnen, 12,0 % der außerorts gelegenen deutschen Bundesstraßen sowie 14,8 % der außerorts gelegenen Landesstraßen in Deutschland.

Straßen.NRW betreut den größten Teil des nordrhein-westfälischen Netzes von Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen. Das gesamte Streckennetz umfasst:

- 2.216 Kilometer Autobahnen
- 4.654 Kilometer Bundesstraßen
- 12.932 Kilometer Landesstraßen
- knapp 10.000 Brückenbauwerke

Die Bedeutung des nordrhein-westfälischen Straßennetzes innerhalb der gesamten deutschen Verkehrsinfrastruktur wird deutlich, wenn man neben den Streckenlängen die tatsächliche Verkehrsleistung betrachtet. Im Jahr 2012 entfielen 18,3 % der auf deutschen Autobahnen und außerorts gelegenen Bundesstraßen erbrachten Fahrleistungen auf Nordrhein-Westfalen.

Die durchschnittliche tägliche Verkehrsmenge auf Autobahnen von 57.401 (2012) Kfz./Tag liegt um 21,9 % über dem Bundesdurchschnitt. Der Spitzenwert im Ballungsraum Köln erreicht mit 167.050 Kfz./Tag ungefähr das Dreieinhalbfache des Bundesdurchschnittswertes.

Das Netz der Bundesfernstraßen wird von den Ländern im Auftrag des Bundes betreut. Straßen.NRW erbringt als Teil der Landesverwaltung diese Leistungen für die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Insbesondere werden Planung, Baumanagement und Betrieb der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen in Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Auftragsverwaltung nach den Vorschriften des Grundgesetzes und des Bundesfernstraßengesetzes übernommen.

Planung, Baumanagement und Betrieb der Landesstraßen einschließlich des Um- und Ausbaus werden nach den Vorschriften des Straßen- und Wegegesetzes des Landes

Nordrhein-Westfalen ebenfalls umfassend von Straßen.NRW geleistet. Hierbei wird auch mit der Privatwirtschaft zusammengearbeitet.

Im Bereich der Kreis- und Gemeindestraßen übernimmt Straßen.NRW Planung, Bau- und Betrieb einschließlich des Um- und Ausbaus nach den Vorschriften des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, soweit ihm diese Aufgaben nach § 56 Abs. 3 des Straßen- und Wegegesetzes übertragen werden. Sechs Kreise nutzen das Angebot, ihr gesamtes Kreisstraßennetz mit etwa 1.000 km (von insgesamt knapp 10.000 km Kreisstraßen in Nordrhein-Westfalen) im Betriebsdienst oder auch zusätzlich im Planen und Bauen von Straßen.NRW betreuen zu lassen. Für einen weiteren Kreis und für über 243 von bestehenden 396 Kommunen erbringt der Landesbetrieb Winterdienstleistungen auf der Strecke bzw. in den Ortsdurchfahrten.

Des Weiteren beschafft Straßen.NRW für 133 kommunale Körperschaften und für das Land Sachsen-Anhalt im Rahmen einer EU-weiten Ausschreibung die Streustoffe. Im Rahmen der länderübergreifenden nationalen Salzreserve zur Vermeidung von Engpässen beim Streudienst auf Bundesautobahnen hat Straßen.NRW die Vorhaltung eines Anteiles von 60.000 t Streusalz übernommen. Darüber hinaus stehen weitere 40.000 t als Reserve für Bundes-, Landes- und einige kommunale Straßen zur Verfügung.

Eine Vielzahl von Kommunen wird im Gegenzug gegen Kostenerstattung für Straßen.NRW im Betriebsbereich tätig. Straßen.NRW beabsichtigt, diese Zusammenarbeit insbesondere mit der kommunalen Ebene auch in Zukunft im beiderseitigen ökonomischen Interesse auszubauen.

Organisation der Straßenbauverwaltung in Nordrhein-Westfalen

Straßen.NRW erbringt seine Leistungen kundenorientiert und bedarfsgerecht. Dabei sind die übertragenen Aufgaben mit dem Ziel der betriebswirtschaftlichen Optimierung qualitätsgesichert durchzuführen. Der Landesbetrieb ist Dienstleister und hat nicht das wirtschaftliche Eigentum am Landesstraßennetz.

Leitungs-, Koordinations-, Kontroll- und Serviceaufgaben für den Landesbetrieb Straßenbau NRW werden durch die Zentrale am Standort Gelsenkirchen wahrgenommen. 10 Niederlassungen mit 29 Mastermeistereien an 85 Standorten nahmen im Jahr 2013 das operative Kerngeschäft des Straßenplanens, -bauens und -unterhaltens wahr. Die Verkehrszentrale NRW (Erstbetriebslösung) nimmt die Aufgaben mit Bezug zu Verkehrs telematik und Verkehrsablaufsteuerung wahr. Für die sonstigen Fachaufgaben sind vier Fachcenter (Vermessung/Straßeninformationssysteme, Gebäudemanagement, Prüfcenter, Telekommunikation) eingerichtet.

Die Leitung von Straßen.NRW obliegt einer kollegial verfassten Betriebsleitung. Diese entscheidet in allen über die laufenden Geschäfte hinausgehenden Angelegenheiten, z.B. strategische Angelegenheiten, Grundsätzliches zu Organisation und Personal sowie geschäftsbereichsübergreifende Angelegenheiten.

Straßen.NRW optimiert seine Abläufe und Strukturen in einem ständigen Prozess unter besonderer Berücksichtigung der durch Betriebssatzung vorgegebenen Zielperspektiven Kundenorientierung, Bedarfsgerechtigkeit, Qualität und Wirtschaftlichkeit.

Im Jahr 2013 wurden Binnenstrukturen optimiert um insbesondere die weitere Umsetzung des Brücken-Nachrechnungsprogramms zu forcieren. Ferner wurde die Aufbau-

organisation der Erstbetriebslösung Verkehrszentrale gemäß „Umsetzungskonzept zur Errichtung einer Integrierten Verkehrszentrale beim Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen“ fortgeschrieben. Darüber hinaus wurde der Landesbetrieb im Verlauf des Jahres 2013 durch das Effizienzteam der Landesregierung intensiv auf Einsparpotenziale überprüft.

Aufgabenbestand von Straßen.NRW

Die personellen technischen Ressourcen von Straßen.NRW verteilen sich in etwa im Verhältnis 1:2 auf die Sparten „Planen“ und „Bauen“ einerseits und „Betrieb und Verkehr“ einschließlich der Verwaltung des Bestandes andererseits. Die Sparte „Betrieb und Verkehr“ orientiert sich am Bestandsnetz, dessen Größe sich insgesamt wenig verändert.

Die Leistungsfähigkeit des Straßennetzes kann aufgrund der begrenzten Erweiterungs- und Ausbaumöglichkeiten zukünftig nur durch ein intelligentes Verkehrs- und Betriebsmanagement gesteigert werden. Um die vorhandene Verkehrsinfrastruktur bestmöglich auszulasten und gleichzeitig Verkehrssicherheit zu erhöhen, setzt Straßen.NRW ein umfangreiches Programm zum Ausbau der Verkehrsbeeinflussungssysteme auf den Fernstraßen um. Wesentliche Bausteine der Verkehrsbeeinflussung sind der Einsatz von dynamischen Informationstafeln, mit denen der Verkehr bei Störungen umgeleitet werden kann, Zuflussregelungs- und Streckenbeeinflussungsanlagen, ein modernes Baustellenmanagementsystem und die temporäre Nutzung des Seitenstreifens.

Die Sparten „Planen“ und „Bauen“ sind demgegenüber an den verfügbaren Investitionsmitteln von Bund und Land und damit an einer veränderlichen Größe orientiert. Im Jahr 2013 wurde ein investives Straßenbauvolumen in Höhe von 845 Mio. € realisiert.

Grundlage für eine langfristige Steuerung der Planung und des Baumanagements bilden der Bundesfernstraßenbedarfsplan und die entsprechende Bedarfsplanung des Landes. Gerade im Bereich der Bundesinvestitionen werden über den neuen Bedarfsplan Neu- und Ausbauvorhaben von Autobahnen und Bundesstraßen mit einem großen Umfang auch für Nordrhein-Westfalen festgeschrieben. Damit ist auf lange Sicht für Straßen.NRW eine gute Auslastung zu erwarten. Innerhalb dieses Zeithorizontes können jedoch immer wieder kurz- oder mittelfristige Änderungen der Prioritäten auftreten, die nur durch einen ausreichenden Grundstock baureifer Planungen aufgefangen werden können. Auf diese Weise konnte bisher durch vorausschauende Disposition ein optimaler Ressourceneinsatz gewährleistet werden. Allerdings führt der abnehmende Personalbestand dazu, dass für die Zukunft ein ausreichender Bestand an baureifen Planungen nicht mehr sicher unterstellt werden kann.

Betriebliche Investitionen/Vermögenslage

Das realisierte Investitionsvolumen im Jahr 2013 betrug 40,0 Mio. € (inkl. 17,0 Mio. € Zuschüsse des Bundes). Davon entfielen 9,9 Mio. € auf die Anschaffung von technischen Anlagen und Maschinen und weitere 23,8 Mio. € wurden in Betriebs- und Geschäftsausstattung, Büromaschinen und Kommunikationsanlagen investiert.

Die Finanzierung der betrieblichen Investitionen erfolgt in voller Höhe durch die Zuführungen des Landes sowie erhaltene Investitionszuschüsse des Bundes.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Gegen Ende des Jahres 2013 hatte Straßen.NRW eine Personalzahl von 5.656 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Auszubildende, Anwärterinnen und Anwärter). Gegenüber dem Stand vom Dezember 2012 sind dies 99 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder rund 1,7% weniger. Der Personalabbau liegt somit auf dem Niveau der Vorjahre. Insgesamt hat Straßen.NRW seit Gründung im Jahre 2001 weit über 1.200 Planstellen und Stellen abgebaut.

Trotz des deutlichen Stellenabbaus wurde die Zahl der Ausbildungsstellen bei Straßen.NRW nicht reduziert. Jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, den Start ins Berufsleben mit einer qualifizierten und anerkannten Berufsausbildung zu beginnen und damit neben dem Tagesgeschäft auch einen gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen, gehörte von Anfang an zum Selbstverständnis von Straßen.NRW. Im Jahre 2013 wurde in insgesamt elf Berufen ausgebildet, die sowohl bei Straßen.NRW als auch in Unternehmen des öffentlichen Dienstes und der gewerblichen Wirtschaft verankert sind.

Für das Jahr 2013 waren insgesamt 274 Ausbildungsstellen (ohne Anwärter u. Referendare) ausgewiesen. Zum Stichtag 31.12.2013 waren davon 260 Stellen besetzt. Dies entspricht einer Ausschöpfung des Stellensolls von knapp 95 %. Mit Blick auf die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit insbesondere unter Jugendlichen leistet Straßen.NRW mit seinen flächendeckend vertretenen Standorten somit einen gesamtgesellschaftlich wichtigen Beitrag, jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu schaffen. Im Sommer 2013 wurde 34 Auszubildenden gem. Tarifvertrag ein auf ein Jahr befristeter Arbeitsvertrag angeboten. 28 davon haben das Angebot angenommen und sie werden bei Bewährung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Mit zwei Auszubildenden wurde, trotz fehlenden Bedarfs, aufgrund ihrer guten Leistungen in der Abschlussprüfung ein auf sechs Monate befristeter Arbeitsvertrag geschlossen. Da auch der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts leisten muss, ist geplant in Zukunft die Ausbildung geringfügig zurückzufahren und trotzdem weiter über Bedarf auszubilden.

Das Ziel von Straßen.NRW, die Leistungen mit betriebswirtschaftlich optimalem Mitteleinsatz zu erbringen, erfordert es u. a., fortlaufend die Organisations- und Kostenstrukturen zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Dies führt natürlich auch zu steigenden beruflichen Veränderungen und Anforderungen. Straßen.NRW unterstützt daher die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Schaffung einer möglichst ausgewogenen Balance von Berufs- und Privatleben. Eine bedeutsame Möglichkeit dazu bietet ein ausreichendes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen. So wurden Ende 2013 über 100 verschiedene Teilzeitmodelle mit bis zu 40 Wochenstunden genutzt. Durch ein professionelles Personalmanagement etwa im Bereich der Dienstplangestaltung ist sichergestellt, dass die persönlichen Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach möglichst flexiblen Arbeitszeitmodellen - zum Beispiel für die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen - mit den Erfordernissen einer effektiven und effizienten Betriebsführung in Einklang gebracht werden. Allerdings ist der Anteil der Beschäftigten, die Teilzeitmodelle nutzen, leicht gesunken. Waren es Ende 2012 noch 13,6 % aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit weniger als der vollen Wochenarbeitszeit beschäftigt waren, so ist der Anteil bis Ende 2013 auf 13,2 % zurückgegangen.

Neben dem umfangreichen Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen hat Straßen.NRW auf der Grundlage einer mit dem Gesamtpersonalrat abgeschlossenen Dienstvereinbarung auch die Möglichkeit geschaffen, außerbetriebliche Arbeitsplätze in Form von Telearbeit einzurichten. Dies ermöglicht es zum Beispiel, berufliche und familiäre Verpflichtungen in besonderem Maße miteinander vereinbaren zu können. Die Anzahl der Mi-

tarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, ist von 337 zum 31.12.2012 um rund 21 % auf 407 zum 31.12.2013 angestiegen.

Darüber hinaus unterstützt Straßen.NRW seine Beschäftigten im Projekt „Familienservice“ mit Hilfe eines beauftragten Unternehmens bei der Suche nach Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und pflegebedürftige Angehörige und leistet so einen Beitrag zur Zufriedenheit am Arbeitsplatz, zur Bindung an das Unternehmen und zur Gewinnung von Fachkräften.

Chancen und Risiken

Straßen.NRW hat ein Projekt aufgesetzt mit dem Ziel, ein angemessenes Compliance- und Risikomanagementsystem zu errichten. Die Ergebnisse liegen seit 2013 vor und wurden in einem „Risikohandbuch“ dokumentiert.

Als Teil der Landesverwaltung unterliegt Straßen.NRW dem öffentlichen Tarifrecht und dem Beamtenrecht. Anpassungen des Personalstandes an die jeweilige Auftragslage können in der Regel nicht kurzfristig vorgenommen werden. Die Personalausgaben sind mit ca. 54 % aller Aufwendungen die größte Aufwandsposition im Eigenmittelbereich des Landesbetriebes. Aus diesen Gründen ist für Straßen. NRW eine langfristig planbare sichere Auftragslage und Auslastung von besonderer Bedeutung.

In diesem Kontext sind eventuelle Entscheidungen, Bau und/oder Betrieb bestimmter Straßenabschnitte auch als Betreibermodelle an Private zu vergeben, als eine Herausforderung im Wettbewerb, gleichzeitig aber auch als Risiko zu betrachten.

Der Betriebsdienst ist ein ausgesprochen personalintensiver Leistungsbereich. Allein der Autobahnbetriebsdienst beschäftigt zum Bilanzstichtag ca. 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Straßenwärter und anteiliger Innendienst). Die Vergabe der Betriebsleistungen an Betreiber hätte zur Folge, dass die entsprechenden Erlöse (Zuweisungen des Bundes) für Straßen.NRW entfielen, jedenfalls dann, wenn der private Betreiber nicht mit Straßen.NRW, sondern mit anderen Partnern kooperieren würde.

Der Entscheidung des OVG NRW, Münster, getrennte Gebühren für Schmutz- und Niederschlagswasser einzuführen, sind inzwischen ungefähr 250 Kommunen in NRW nachgekommen. Entsprechende Gebührenbescheide liegen Straßen.NRW vor. Rund 150 weitere Kommunen werden Straßen.NRW noch veranlagern. Alleine für die Landesstraßen wird ein Gebührenaufkommen von annähernd 50 Mio. € zu erwarten sein.

Die Verkehrszentrale NRW hat am 29.04.2013 in Anwesenheit von Herrn Minister Groschek ihren Betrieb aufgenommen. Seitdem werden alle Verkehrsbeeinflussungsanlagen auf den nordrhein-westfälischen Autobahnen durch die Verkehrszentrale gesteuert. Die bis dahin für diese Aufgabe zuständigen Regionalen Verkehrsleitzentralen in Arnsberg und Köln sind seitdem abgeschaltet. Der Betriebsübergang ist reibungslos verlaufen, außerplanmäßige Ausfallzeiten durch technische Störungen oder Personalausfall sind nicht eingetreten. Von den im Endausbau vorgesehen insgesamt ca. 100 Stellen sind bislang knapp 60% besetzt. Die Umsetzung der zweiten Stufe des Personalaufbaus soll durch die Ausschreibung von insgesamt 18 Stellen im Frühjahr 2014 erfolgen. Mit Wirkung zum 1.1.2014 hat die Verkehrszentrale zusätzlich die Aufgaben und das Personal (insgesamt vier Personen) der Ruhrpilotbesitzgesellschaft übernommen.

Die meisten Brücken im Bundesfernstraßennetz, welche die wesentlichen Verkehrsflüsse abwickeln, wurden zwischen 1960 und 1980 errichtet. Sie stammen aus einer Zeit, die durch sparsamen Baumaterialeinsatz geprägt war. Mit einem Alter von 30 bis

50 Jahren haben diese Brücken bereits einen großen Teil ihrer geplanten Nutzungszeit erfüllt. Die einbemessenen Tragreserven orientierten sich an den damaligen Verkehrsverhältnissen inkl. einer absehbaren Entwicklung des Schwerverkehrsaufkommens. Neuere wissenschaftliche Untersuchungen zeigten auf, dass aufgrund der ungebremsen Verkehrsentwicklung mit deutlich rasanterer Zunahme der Fahrzeuganzahl und Fahrzeuggesamtgewichte insbesondere im Güterverkehr, die seinerzeit eingeplanten Tragreserven nahezu aufgebraucht sind. Zur Sicherstellung eines weiterhin leistungsfähigen Straßennetzes ist es daher Aufgabe des Landesbetriebs, festzustellen, welche Leistungsfähigkeit hinsichtlich Trag- und Gebrauchstauglichkeit die Bestandsbrücken auch unter Berücksichtigung weiterer Steigerungen im Güterverkehrsaufkommen aufweisen und welche Maßnahmen anderenfalls erforderlich sind, um die gestellten Anforderungen an die Bauwerke wieder herzustellen. Dafür ist als Initialschritt eine Nachrechnung der Einzelbauwerke erforderlich, um daraus die erforderlichen Ertüchtigungsmaßnahmen festzulegen und konkrete Schritte einzuleiten. Dies gilt in erster Linie für Bauwerke der Autobahnen, aber auch für Bauwerke stark befahrener Bundes- und Landesstraßen.

In einem ersten Schritt sind etwa 800 Bauwerke nachzurechnen, die vordringlich eingestuft wurden. Für die Abwicklung der Nachrechnung wie auch der baulichen Maßnahmen ist zu beachten, dass der Verkehr möglichst wenig beeinträchtigt wird. Von daher wurde in Abstimmung mit Bund und Land eine korridorweise Vorgehensweise vordringlich im Autobahnbereich für die Abarbeitung ganzer Autobahnabschnitte erarbeitet und abgestimmt.

Für die Bearbeitung wurde eigens eine Projektgruppe Brückenertüchtigung gebildet. Aufgabe der Projektgruppe ist die landesweite und niederlassungsübergreifende Durchführung der erforderlichen Nachrechnungen. Zudem werden in direkter Folge der Nachrechnungsergebnisse innerhalb der Projektgruppe Planungen für dringend zu verstärkende Brücken vorgenommen sowie Bauwerksentwürfe von erforderlichen Ersatzneubauten für Großbrücken erstellt und den Niederlassungen zur weiteren Durchführung übergeben. Eine Lenkungsgruppe unter Beteiligung der Geschäftsführung, aller Niederlassungsleitungen und der eingebundenen Fachabteilungen des Betriebszites steuert die Aufgabenverteilung

Ertrags- und Finanzlage

Das Geschäftsjahr 2013 schloss bei einem Planwert in Höhe von – 12,9 Mio. € mit einem Jahresfehlbetrag von 6,2 Mio. € ab. Die im Vergleich zum Vorjahr um 18,2 Mio. € erhöhte Zuführungen zum laufenden Betrieb reichten dabei in Verbindung mit den um 10,7 Mio. € gestiegenen Erlösen aus der Abrechnung der Straßenunterhaltungsleistungen gegenüber dem Bund nicht aus, um die Steigerungen u. a. bei den Aufwendungen für Einleitungsgebühren für Schmutz- und Niederschlagswasser (+ 14,7 Mio. €), Winterdienst (+ 5,8 Mio. €) und Fahrzeuginstandhaltung (+ 1,6 Mio. €) sowie beim Personalaufwand (+ 6,5 Mio. €) und den Abschreibungen (+ 3,3 Mio. €) auszugleichen und wieder ein ausgeglichenes Ergebnis erreichen zu können. Beim Personalaufwand ist zu berücksichtigen, dass die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch 2013 weiter reduziert wurde. Im Jahresdurchschnitt beschäftigte Straßen.NRW gegenüber dem Geschäftsjahr 2012 123 Personen weniger.

Prognosebericht

Das Jahresergebnis fiel damit auch um 6,7 Mio. € besser als im Wirtschaftsplan für 2013 vorgesehen aus. Gegenüber dem ursprünglichen Ansatz waren u. a. bei den Erträgen aus Um- und Ausbauleistungen auf Landesstraßen (+3,0 Mio. €), Planungs- und Bauaufsichtsleistungen für den Bund (+ 1,4 Mio. €) und für Vermessungsleistungen (+ 1,2 Mio. €) positivere Entwicklungen zu verzeichnen.

Der Wirtschaftsplan für 2014 sieht ein ausgeglichenes Jahresergebnis vor.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Gelsenkirchen, den 05. Juni 2014

Winfried Pudenz

Ralf Pagenkopf

**Jahresabschluss für das Haushaltsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013**

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.335.789,76	1.555.173,81
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	20.879.387,45	19.337.918,17
2. Technische Anlagen und Maschinen	40.998.577,47	37.525.103,28
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	83.772.454,13	76.687.324,79
4. Anlagen im Bau	2.196.173,41	3.359.042,11
	147.846.592,46	136.909.388,35
	152.182.382,22	138.464.562,16
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	22.464.233,66	22.871.740,96
2. Unfertige Erzeugnisse	5.601.904,29	6.774.565,80
	28.066.137,95	29.646.306,76
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.091.466,28	16.545.264,16
2. Forderungen an das Land Nordrhein-Westfalen	121.132.718,43	83.981.437,28
3. Sonstige Vermögensgegenstände	336.593,47	419.779,76
	138.560.778,18	100.946.481,20
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	42.801,95	43.181,24
	166.669.718,08	130.635.969,20
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.946.839,20	3.062.101,45
	321.798.939,50	272.162.632,81

		Passiva	
		31.12.2013	31.12.2012
		€	€
A. Eigenkapital			
I. Rücklage für Investitionen		50.072.137,76	50.072.137,76
II. Rücklage für Verkehrszentrale		3.000.000,00	3.000.000,00
III. Gewinnrücklage		2.645.012,99	2.645.012,99
IV. Verlustvortrag		-3.176.188,20	-3.378.910,97
V. Jahresfehlbetrag (-)/-überschuss		-6.179.067,66	202.722,77
		46.361.894,89	52.540.962,55
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		67.210.093,37	62.129.707,28
C. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		91.499.868,30	88.443.598,93
D. Verbindlichkeiten			
1. Erhaltene Anzahlungen		9.172.374,90	10.287.459,53
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		37.817.591,82	31.187.934,80
3. Sonstige Verbindlichkeiten		63.030.053,56	20.675.485,69
		110.020.020,28	62.150.880,02
E. Rechnungsabgrenzungsposten		6.707.062,66	6.897.484,03
		321.798.939,50	272.162.632,81

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013**

	2013	2012
	€	T€
1. Umsatzerlöse	548.189.511,85	512.249
2. Bestandsveränderung	-1.172.661,51	1.481
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	5.833,24	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	41.611.735,00	39.080
	588.634.418,58	552.810
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	61.927.076,47	54.778
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	138.984.282,83	112.477
	200.911.359,30	167.255
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	249.084.666,91	243.334
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung T€ 25.528; Vorjahr T€ 24.700)	69.783.527,06	69.000
	318.868.193,97	312.334
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	24.489.371,38	21.180
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	50.321.458,14	50.825
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	356.934,02	152
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	426.921,20	962
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.025.951,39	406
12. Sonstige Steuern	153.116,27	203
13. Jahresfehlbetrag (-)/-überschuss	-6.179.067,66	203

ANHANG

Angewendete Vorschriften

Auf den Jahresabschluss 2013 werden nach § 12 der Betriebssatzung die Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften angewendet. Darüber hinaus werden die ergänzenden Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung und der Betriebssatzung beachtet. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet. Der Landesbetrieb erfüllt zum 31. Dezember 2013 die Merkmale einer großen Kapitalgesellschaft analog § 267 Abs. 3 HGB.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für die Erstellung des Jahresabschlusses waren die gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unveränderten nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die Bewertung der Vermögens- und Schuldposten trägt allen erkennbaren Risiken nach den Grundsätzen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung.

Immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend linear abgeschrieben. Sachanlagen werden auf der Grundlage der Anschaffungskosten bewertet. Der Umfang der Anschaffungskosten entspricht § 255 Abs. 1 HGB.

Leistungsbedingter Werteverzehr wird durch planmäßige Abschreibungen erfasst, die auf der Grundlage voraussichtlicher Nutzungsdauern bemessen werden. Die Abschreibung erfolgt linear. Bei Zugängen mindert sich im Jahr der Anschaffung der AfA-Betrag jeweils um 1/12 für jeden vollen Monat, der dem Monat der Anschaffung folgt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter (von 150 bis 410 Euro netto) werden weiterhin sofort abgeschrieben.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind mit Anschaffungskosten aktiviert. Soweit in Einzelfällen niedrigere Wiederbeschaffungspreise vorlagen, wurden diese angesetzt. Im Berichtsjahr ist durch den Landesbetrieb ein neues Verfahren zur Ermittlung des Niederstwertes eingeführt worden. Der bisherige pauschale Bewertungsabschlag in Höhe von 10% wird im Berichtsjahr nicht mehr ausgewiesen, da keine ungängigen Lagervorräte mehr bestehen bzw. diese in den letzten Jahren bereits vollständig abgewertet wurden. Abgesehen von handelsüblichen Eigentumsvorbehalten sind die Vorräte frei von Rechten Dritter.

Die unfertigen Leistungen betreffen zum größten Teil Verwaltungskosten für Bauplanung und Bau-durchführung. Die Bewertung erfolgt differenziert nach dem Leistungsgrad der einzelnen Projekte, wobei Einzel- und angemessene Gemeinkosten in die Bewertung einbezogen werden. Aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht wurde bei den Planungsleistungen ein Bewertungsabschlag in Höhe von 20 % vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch die Bildung angemessener pauschalierter Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Die Pauschalwertberichtigung ist wie im Vorjahr mit 2 % in Ansatz gebracht worden.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Auszahlungen vor dem Bilanzstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach dem Stichtag darstellen. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden mit dem Nennwert ausgewiesen.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen ist in Höhe der Zuführungsbeträge abzüglich der kumulierten Auflösungen angesetzt.

Die Wertansätze der sonstigen Rückstellungen beinhalten alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind in der Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages (d.h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst. Die Abzinsung erfolgt nach den durch die Deutsche Bundesbank vorgegebenen Zinssätze gem. § 253 Absatz 2 HGB über die voraussichtliche Laufzeit der einzelnen Rückstellungen.

Verpflichtungen aus Altersteilzeit sind unter Anwendung finanzmathematischer Grundsätze passiviert.

Zum Bilanzstichtag sind keine Neuverträge mit bewilligter Altersteilzeit zu verzeichnen. Am 31. Dezember 2013 liegen 88 Altersteilzeitverträge vor.

Verbindlichkeiten und der passive Rechnungsabgrenzungsposten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist aus der Anlage zu diesem Anhang ersichtlich.

Vorräte	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	22.464	22.872
2. Unfertige Leistungen	5.602	6.774
	<u>28.066</u>	<u>29.646</u>

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2013		31.12.2012	
	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr
	T€	T€	T€	T€
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.091	0	16.545	0
2. Forderungen an das Land Nordrhein-Westfalen (Cash-Pool)	121.133	0	83.981	0
3. Sonstige Vermögensgegenstände	337	0	420	0
	<u>138.561</u>	<u>0</u>	<u>100.946</u>	<u>0</u>

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalten in Höhe von T€ 1.511 (Vorjahr: T€ 1.143) Forderungen gegen das Land Nordrhein-Westfalen, in Höhe von

T€ 2 (Vorjahr: T€ 6) Forderungen gegen die Bundeskasse und in Höhe von T€ 507 (Vorjahr: T€ 393) Forderungen gegen die Verkehrsinfrastrukturgesellschaft (VIFG) des Bundes. Diese Forderungen haben alle eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von T€ 2.947 (Vorjahr: T€ 3.062) enthält im Wesentlichen für das Jahr 2014 vorausbezahlte Mieten und Versicherungsprämien sowie abgegrenzte Aufwendungen für Ablösevereinbarungen.

Eigenkapital

Das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit Datum vom 3. Juli 2013 den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 festgestellt.

Der Jahresüberschuss 2012 in Höhe von T€ 203 wurde auf neue Rechnung vorgetragen und mit dem bestehenden Verlustvortrag verrechnet. Dieser beläuft sich danach auf T€ 3.176.

Mit Erlass vom 20. Dezember 2012 durch das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen wurde im Jahr 2012 ein Teilbetrag von T€ 3.000 den Kapitalrücklagen als Rücklage für Verkehrszentrale zugeführt. Wegen der Besonderheit der Zweckbestimmung wurde diese Rücklage gesondert ausgewiesen. Mit Schreiben vom 7. Mai 2014 wurde beschlossen, diese Rücklage vorerst beizubehalten und nicht aufzulösen.

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Der Sonderposten entwickelte sich wie folgt:

	2013	2012
	T€	T€
Anfangsbestand	62.130	58.509
Auflösung	11.919	10.388
Zuführung	16.999	14.009
Endbestand	<u>67.210</u>	<u>62.130</u>

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen wird entsprechend dem jeweiligen Abschreibungsverlauf der betroffenen Anlagegegenstände aufgelöst. Dieses erfolgt in gleich bleibenden Beträgen der Nutzungsdauer entsprechend.

Rückstellungen

Pensionsrückstellungen und Beihilfen

Für künftige Pensionsverpflichtungen gegenüber den Beamtinnen und Beamten hat das Land NRW gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau NRW eine Freistellungserklärung abgegeben, wonach das Land NRW den Landesbetrieb Straßenbau NRW gegen Zahlung von 30 % der laufenden Bezüge freistellt. Bei der Bemessung einer nach § 249 HGB anzusetzenden Pensionsrückstellung wurde die Freistellungserklärung in selber Höhe mindernd berücksichtigt, so dass kein Ausweis einer Pensionsrückstellung erfolgt. Die Befreiung gilt auch für die laufenden Beihilfeverpflichtungen der Pensionäre.

Gem. Pensionsgutachten der GBG-Consulting GmbH vom 19. Februar 2014 bestehen zum Bilanzstichtag Verpflichtungen des Landes gegenüber den Leistungsberechtigten in Höhe von

T€ 350.527 (Vorjahr: T€ 329.084). Hiervon sind T€ 242.210 seit Gründung des Landesbetriebes entstanden.

Auf Basis eines weiteren Gutachtens der GBG-Consulting GmbH vom 19. Februar 2014 bestehen zum Bilanzstichtag Beihilfeverpflichtungen, die gleichfalls als Verpflichtungen des Landes gegenüber den Leistungsberechtigten zu beurteilen sind, in Höhe von T€ 31.658 (Vorjahr: T€ 30.224). Hiervon sind T€ 19.439 seit Gründung des Landesbetriebes Straßenbau NRW entstanden.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen belaufen sich am Bilanzstichtag auf insgesamt T€ 91.500 (Vorjahr: T€ 88.444). Hiervon entfallen T€ 31.989 auf personalrelevante Posten (Vorjahr: T€ 36.176) sowie T€ 59.511 auf sonstige Posten (Vorjahr: T€ 52.267).

Die in den sonstigen Rückstellungen enthaltenen Altersteilzeitrückstellungen sind gem. Gutachten der Firma GBG-Consulting GmbH mit einem Rechnungszins von 4,88 % und einem Gehaltstrend von 1,2 % berücksichtigt worden.

Zusätzlich sind in den Rückstellungen Auf- und Abzinsungen ausgehend von den Erfüllungsbeträgen vorgenommen worden.

Die langfristigen Rückstellungen wurden mit laufzeitadäquaten Zinssätzen zwischen 3,34 % und 5,5 % auf- bzw. abgezinst.

Verbindlichkeiten

	31.12.2013		31.12.2012	
	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr
	T€	T€	T€	T€
1. Erhaltene Anzahlungen	9.172	9.172	10.287	10.287
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	37.818	37.818	31.188	31.188
3. Sonstige Verbindlichkeiten	63.030	62.963	20.675	20.675
davon aus Steuern	(0)	(0)	(158)	(158)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:	(50)	(50)	(7)	(7)
	110.020	109.953	62.150	62.150

Die Sonstigen Verbindlichkeiten resultieren mit T€ 62.622 (Vorjahr: T€ 20.304) aus Lohn- und Gehaltszahlungen der Monate November und Dezember. Der Ausgleich erfolgte im Januar 2014.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

	2013	2012
	T€	T€
Zuweisungen des Landes für die Aufgabenerfüllung	349.505	331.282
Zuweisung der Bundesrepublik Deutschland für die Unterhaltung und Instandsetzung von Bundesstraßen	133.757	123.062
Abrechnung von Planungs- und Bauaufsichtsleistungen für die Bundesrepublik Deutschland	20.971	21.336
Zuführungen für Investitionen durch das Land	16.752	11.099
Übrige Umsatzerlöse	27.205	25.470
Umsatzerlöse gesamt	548.190	512.249

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von T€ 27 enthalten (Vorjahr: T€ 35).

Materialaufwand

	2013	2012
	T€	T€
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	61.927	54.778
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	138.984	112.477
	200.911	167.255

Personalaufwand / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

	2013	2012
	T€	T€
a) Löhne und Gehälter	249.085	243.334
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: T€ 25.528 (Vorjahr: T€ 24.700)	69.783	69.000
	318.868	312.334

Die Zahl der Beschäftigten ohne Auszubildende und Geschäftsführung betrug im Jahresdurchschnitt:

	2013	2012
	<u>Anzahl</u>	<u>Anzahl</u>
Beamtinnen und Beamte	762	777
Tarifkräfte	4.917	5.025
	<u>5.679</u>	<u>5.802</u>

Für die Mitarbeiterstatistik 2013 werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezählt, für die Personalaufwand gebucht wurde. Sie umfasst alle aktiven und jene in der ATZ Freistellungsphase.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Jahresabschreibungen sind aus der Zugangsspalte zu den kumulierten Abschreibungen in der Entwicklung des Anlagevermögens (Anlage zu diesem Anhang) ersichtlich.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist das Honorar des Abschlussprüfers für die Abschlussprüfung in Höhe von T€ 42 und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von T€ 208 (Vorjahr: T€ 0) enthalten. Die periodenfremden Aufwendungen resultieren aus vom BLB gezahlten Instandhaltungsaufwendungen. Dem BLB sind dabei von ihm übernommene Instandhaltungsaufwendungen für die Jahre 2010 und 2011 zu erstatten. Die Erstattung erfolgte i. R. einer Forderungsverrechnung.

Zinsergebnis

	2013	2012
	T€	T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	357	152
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	427	962
	-70	-810

Die Sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren wie im Vorjahr aus der Abzinsung von Rückstellungen. Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen resultieren wie im Vorjahr aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Sonstige Steuern

	2013	2012
	T€	T€
Gesamtaufwand	153	203

Jahresfehlbetrag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 6.179 auf neue Rechnung vorzutragen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Miet- und Leasingverträgen entstehen dem Landesbetrieb jährliche Zahlungsverpflichtungen. Die wesentlichen Verpflichtungen betreffen:

Leasing Verwaltungs-KFZ, jährliche Leasingverpflichtungen T€ 600
Leasing Fahrzeuge und Geräte im UI Bereich, jährliche Leasingverpflichtung T€ 800
Gebäudemieten aus Mietverträgen mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb, jährliche Mieten T€ 4.313
Sonstige Gebäudemieten aus Mietverträgen mit Dritten, jährliche Mieten T€ 4.606
Betrieb und Support der SAP-Systeme durch LVR-InfoKom (ohne CPU-Zeiten), jährlich T€ 400

Sonstige Pflichtangaben nach § 285 HGB

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung, die ausschließlich aus einem Fixbetrag bestehen, betragen im Geschäftsjahr 2013 T€ 287. Diese verteilen sich wie folgt:

Herr Ass.-jur. Winfried Pudenz (Hauptgeschäftsführer)	T€ 111
Herr Dipl.-Ing. Harald-Friedrich Austmeyer (Geschäftsführer)	T€ 91
Herr Ass.-jur. Ralf Pagenkopf (Geschäftsführer)	T€ 85

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Herr Ass.-jur. Winfried Pudenz, Düsseldorf (Hauptgeschäftsführer)

Herr Dipl.-Ing. Harald-Friedrich Austmeyer, Düsseldorf (Geschäftsführung ruht)

Herr Ass.-jur. Ralf Pagenkopf, Duisburg (Geschäftsführer)

Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr als das für das Straßenwesen zuständige Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen.

Gelsenkirchen, den 05. Juni 2014

Winfried Pudenz

Ralf Pagenkopf

Entwicklung des Anlagevermögens 2013

Anschaffungs- und Herstellungskosten

	Stand am 01.01.2013 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Stand am 31.12.2013 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten					
	13.382.835,03	3.782.593,62	0,00	0,00	17.165.428,65
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstückgl. Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	36.541.980,06	158.554,50	45.024,01	1.926.996,36	38.582.506,91
2. Technische Anlagen und Maschinen	85.315.943,70	9.933.069,41	3.743.554,16	584.420,21	92.089.879,16
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	168.631.029,73	23.820.156,40	11.138.628,04	927.424,28	182.239.982,37
4. Anlagen im Bau	3.359.042,11	2.275.972,15	0,00	-3.438.840,85	2.196.173,41
	293.847.995,60	36.187.752,46	14.927.206,21	0,00	315.108.541,85
	307.230.830,63	39.970.346,08	14.927.206,21	0,00	332.273.970,50

Kumulierte Abschreibungen					Nettowerte	
Stand am 01.01.2013 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Stand am 31.12.2013 EUR	Stand am 31.12.2013 EUR	Stand am 01.01.2013 EUR
11.827.661,22	1.001.977,67	0,00	0,00	12.829.638,89	4.335.789,76	1.555.173,81
17.204.061,89	531.762,53	32.704,96	0,00	17.703.119,46	20.879.387,45	19.337.918,17
47.790.840,42	6.607.476,99	3.316.057,41	-9.041,69	51.091.301,69	40.998.577,47	37.525.103,28
91.943.704,94	16.348.154,19	9.815.289,20	9.041,69	98.467.528,24	83.772.454,13	76.687.324,79
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.196.173,41	3.359.042,11
156.938.607,25	23.487.393,71	13.164.051,57	0,00	167.261.949,39	147.846.592,46	136.909.388,35
168.766.268,47	24.489.371,38	13.164.051,57	0,00	180.091.588,28	152.182.382,22	138.464.562,16

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Regelungen sowie Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung des Landesbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

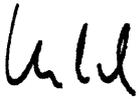
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Landesbetriebs sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

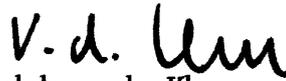
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landesbetriebes. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Landesbetriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Düsseldorf, den 5. Juni 2014

WIBERA Wirtschaftsberatung
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Josef Rakel
Wirtschaftsprüfer



Ralph von der Kluse
Wirtschaftsprüfer



